

Eitorf, den 04.09.2008

Amt 50.2 - Schulen, Jugend und Kindergärten

Sachbearbeiter/-in: Heinz-Willi Keuenhof

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Schulausschuss 26.11.2008

Tagesordnungspunkt:

Umfrage der Gemeinde zur Schulsituation

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss nimmt die Verwaltungsvorlage zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen kurzfristig einzuleiten. Nach Auswertung des Umfrageergebnisses ist die Angelegenheit dem Schulausschuss zur weiteren Beratung zuzuleiten.

Begründung:

In der Sitzung am 11.06.2008 hat sich der Schulausschuss mit einem Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung einer Bedarfsanalyse zur Errichtung einer Gesamtschule befasst. Nach eingehender Beratung der Angelegenheit hat der Ausschuss in der Sitzung beschlossen einen Arbeitskreis zu bilden, der einen Fragebogen zum Schulangebot entwerfen soll. Für den Arbeitskreis ist je ein Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen benannt worden. Am 26.08.2008 hat der Arbeitskreis getagt, die anwesenden Gesprächsteilnehmer sind der beigefügten Teilnehmerliste zu entnehmen. Für die Arbeitskreissitzung hatte die Verwaltung den Entwurf eines Fragebogens erarbeitet und diesen mit der Einladung zur Sitzung am 26.08.2008 versandt. Der Fragebogenentwurf wurde eingehend im Arbeitskreis beraten, Änderungswünsche sind einvernehmlich eingearbeitet worden. Dieser Fragebogen ist nach dem Beschluss weiter im Schulausschuss zu behandeln (Beschluss Nr. XII/15/68). Der Entwurf ist als Anlage dieser Verwaltungsvorlage beigefügt. Der Arbeitskreis hat bei der Ausarbeitung des Fragebogens das Ergebnis der Diskussion im Schulausschuss am 11.06.2008 berücksichtigt. Nach dem Willen des Ausschusses sollte sich die Umfrage nicht nur auf den Gesamtschulbereich beziehen, vielmehr soll über die Umfrage die Meinung der Eltern/Erziehungsberechtigten zum bestehenden Schulangebot in Eitorf und den Nachbargemeinden allgemein sowie evtl. Änderungswünsche zum bestehenden Schulsystem abgefragt werden. Nach Beschlussfassung im Schulausschuss wird die Verwaltung die Umfrage an die Eltern und Erziehungsberechtigten weiterleiten. Der Arbeitskreis hat sich dafür ausgesprochen, dass an der Umfrage alle Eltern/Erziehungsberechtigten der Klassen 1 bis 4 der Gemeinschaftsgrundschulen in der Gemeinde beteiligt werden sollen. Die Verwaltung überlegt, aus Kostengründen die Fragebögen den Schulen zuzuleiten, die dann die Weiterleitung über die Schulkinder an die Eltern/

Erziehungsberechtigten – wie dies auch z.T. mit der Schulpost praktiziert wird – veranlassen. Weiterhin ist beabsichtigt, alle ausgegebenen Fragebögen mit einem Siegel zu versehen und auch nur die „gesiegelten Rückläufe“ in die Auswertung einzubeziehen. Im Fall der Umsetzung über die gemeindlichen Grundschulen erfolgt Zuleitung der Fragebögen nach der aktuellen Schulstatistik, Stand 15.10.2008. Alternativ wäre ein Versand des Vordrucks auf dem Postwege zu erwägen, Kosten für Porto, Umschläge und Adressenaufkleber geschätzt 500,- €.

Die Verwaltung schlägt vor, für die Rückgabe der ausgefüllten Fragebögen eine Frist von 1 Monat nach Zuleitung an die Grundschulen bzw. nach Postversand zu setzen.